

+ Jahresbericht im Heft

INFORMATIONSBLAT
FIR EN NOHALTEGEN
ËMGANG MAT GELD

NEUE PROJEKTE: EnerCoop
Öwersauer, Conosolar
NEUES UNSERER PROJEKTE:
Biobranche unter Druck

VEREINSLEBEN:
Françoise folgt auf Magali
HINTERGRUND:
Auf dem Weg in die Rezession

UNSERE AKTIVITÄTEN:
Sensibilisierungsarbeit
LOBBYISMUS:
Steuervermeidung und FDC



Reconnecting: Alte und neue Mitstreiter,
Freundinnen und Partner

EDITORIAL

SUSTAINABLE FINANCE

Liebe Alternativsparerinnen und -sparer,

das Jahr geht zu Ende und vermutlich blicken auch Sie – angesichts der Krisen, die inzwischen auch unseren Alltag erschüttern – mit Sorgen in die Zukunft. Es ist keine Zeit der Euphorie.

Die Zeiten sind kompliziert, unsicher und anstrengend. Eine Krise jagt die nächste: erst Corona, nun der Krieg in der Ukraine vor dem Hintergrund der sich verschärfenden Klimakatastrophe, dem Verlust der Artenvielfalt, der Umweltverschmutzung oder Hungersnöten. Wo soll das hinführen? Es ist echt alles zu viel – auch psychologisch. Wir konstatieren das Verschwinden der Zukunft in dem Sinne, dass eine progressive Weltsicht möglich ist, und mit ihr die Hoffnung, unsere Probleme beheben zu können. Es kommt eine zukunftskeptische, apokalyptische Stimmung auf. Wie können wir das Vertrauen bewahren, durch Handeln die Welt verändern zu können?

Wir können und müssen darin vertrauen, dass die nötige Transformation lokal und global längst im Gange ist. Unter anderem im Finanzsystem. Unser bescheidenes alternatives Sparkonto ist hier seit 25 Jahren ein Instrument, das gegen das lähmende Gefühl wirkt, nicht genug tun zu können.

In 25 Jahren der Kooperation mit Spuerkeess haben wir 302 Kredite in Höhe von gut 103 Mio. Euro für zukunftsweisende Projekte vergeben. Dafür sagt Ihnen Danke im Namen von etika

Ihr Ekkehart Schmidt

Alles ESG – oder was?

Denise Voss, frühere Direktorin des Investmentsfondsverbands Alfi und seit 2019 Chairwoman von LuxFLAG, die wir seit der Präsentation unseres „Guide des placements éthiques“ 2009 kennen, sagte uns kürzlich: „Isn't it amazing how the sector developed? And you have been the pioneers!“ Ja, danke für das Lob, das uns freut. Dennoch: All die Finanzprodukte, die in Luxemburg plötzlich als „Sustainable Finance“ oder „Green Finance“ beworben werden, erscheinen uns doch weit entfernt von der Philosophie unseres alternativen Sparkontos. Es erscheint nötig, der Frage auf den Grund zu gehen, was da in den letzten Jahren passiert ist. Und warum.

Dabei ist es wichtig, einen entscheidenden Unterschied zwischen einem „nachhaltigen Investieren“ sozialer und ökologischer Banken einerseits sowie konventioneller Finanzinstitutionen andererseits festzuhalten. Während Erstere *ausschließlich* in soziale und ökologische Projekte und Unternehmen investieren, dies ihr Wesenskern und Gründungszweck ist, haben Letztere als Folge von Regulierungen nun „ESG-Kriterien“ zu berücksichtigen, wenn sie ihre Produkte als „nachhaltig“ kennzeichnen wollen. Für sie bedeutet das, Geld in Unternehmen oder Finanzprodukte zu investieren, die neben traditionellen Finanzindikatoren (Risiko und Renditeausichten usw.) *auch* ökologische und soziale

Kriterien sowie Aspekte der guten Unternehmensführung (ESG) erfüllen. Die Betonung liegt auf „auch“. Denn: es wird zugleich (weiter) in fossile Energien und Aktivitäten investiert, bei denen Menschenrechte missachtet werden.

Und ein zweiter Unterschied ist wichtig zur Trennung der Spreu vom Weizen: Dadurch, dass neue Regularien und die Konsumentennachfrage es erzwingen, Produkte mit Blick auf ihre Nachhaltigkeit einzuordnen, unterziehen die Emittenten sie einem umfangreichen „ESG-Screening“. So werden plötzlich aus vielen Produkten, bei denen Nachhaltigkeit nie eine Rolle gespielt hat, scheinbar ESG-kompatible Angebote. In der kritischen Öffentlichkeit entsteht der Eindruck, dass da etwas „Neues“ das „Alte“ ersetzt, ohne dass sich wirklich etwas geändert hat. Außer vielleicht im neuen Anstrich.

Nachhaltigkeit ist im Aufwind, das Marketing der Finanzbranche läuft auf Hochtouren, doch hat das nicht nur bei Verbraucher*innen, sondern sogar bei Branchenkenner*innen zu einer starken Konfusion geführt. Als Pionier nachhaltiger Geldanlage fühlt sich das etika-Team in der Verantwortung, als unabhängige Institution Verbraucher*innen genauer zu erklären, was da eigentlich warum und wie im Gange ist. Wir haben dazu ein **DOSSIER** erarbeitet, das kontinuierlich ergänzt wird. Sie finden es auf unserer Homepage. (es)

Françoise folgt auf Magali



Seit September 2022 ist Françoise Binsfeld neue Präsidentin von etika. Françoise ist Luxemburgerin und wohnt seit 2008 in Düdelingen. Nach ihrem Studium des Internationalen Manage-

ments am HEC Lüttich und an der Kansai Gaidai Universität in Osaka, Japan, arbeitete sie zehn Jahre für japanische Banken in Luxemburg und war verantwortlich für die legale Gründung, Umstrukturierung und Liquidation von Investmentfonds und -gesellschaften.

Françoise hat sich schon immer für die Entwicklungszusammenarbeit interessiert und ist seit 16 Jahren bei der luxemburgischen NRO „Aide à l'Enfance de l'Inde et du Népal (AEIN)“ aktiv, bei der sie seit September 2016 auch hauptberuflich Direktorin ist. Seit März 2021 ist sie auch Vorstandsmitglied des Cercle de Coopération des ONG de développement.

Während ihrer Reisen in Projektgebiete von AEIN in Nepal und Indien ist es Françoise immer eine besondere Freude, zu erleben, wie nachhaltig sich das Leben der vom Verein unterstützten Familien unter anderem durch

die Förderung von Sparmechanismen, den Zugang zu Krediten und Weiterbildung und die Gründung von Genossenschaften verbessert.

Auch hier in Luxemburg hat etika in den letzten 25 Jahren über 200 innovative soziale und ökologische Projekte finanziert. Es liegt Françoise am Herzen, dass die Menschen und die Umwelt weiter im Mittelpunkt stehen, und hierbei insbesondere die Menschenrechte im Bereich des internationalen Handels und des Finanzplatzes. Sie will sich auch weiterhin dafür einsetzen, dass etika seiner Vorreiterrolle im Bereich nachhaltiger Finanzen gerecht wird.

Françoise Binsfeld folgt auf Magali Paulus, die ihr Amt als Präsidentin nach 14 Jahren niedergelegt hat. Etika ist ihr sehr zu Dank verpflichtet für ihr unermüdliches und sehr engagiertes Engagement. Wir sind froh, dass sie weiterhin Mitglied des Verwaltungsrats bleibt. (es)

NEUE PROJEKTE

EnerCoop Naturpark Öwersauer

Der Naturpark Öwersauer, die wichtigste Wasserregion Luxemburgs, befindet sich im Nordwesten des Landes. Er erstreckt sich über 230 km² und umfasst sechs Gemeinden mit insgesamt über 15.500 Einwohnern. Herzstück ist der bekannte Stausee. Im Februar 2020 startete in Heiderscheid, einer der Kommunen, ein Bürgerprojekt für erneuerbare Energie (Photovoltaik): die Energiegenossenschaft EnerCoop Naturpark Öwersauer.

Nachdem ausreichend Mitglieder geworben und Anteile zu jeweils 100 Euro gezeichnet wurden, erfolgte im Frühjahr 2021 der Bau einer Photovoltaikanlage auf dem Dach der kommunalen Werkstatt auf der Nummer 1 am Clemensbongert in Heiderscheid.

Auf einer Gesamtfläche von 1.030 m² wurden 605 Solarmodule mit jeweils 330 Wp Leistung installiert. Die geschätzte Jahresproduktion beträgt im ersten Jahr 182.000 kWh. Sie deckt den Stromverbrauch von rund 35 Vier-Personen-Haushalten.

Der durch die Sonnenenergie erzeugte Strom wird direkt ins Netz eingespeist und vom lokalen Netzbetreiber CREOS vergütet. Mit diesem „Bürgerabenteuer“ soll ein Beitrag zur lokalen, erneuerbaren Stromerzeugung

und zur Energiewende geleistet werden, so Marc Lorang, einer der Verantwortlichen des Projekts. Die Betriebsdauer der Module beläuft sich auf 20 Jahre.

Die Gesamtinvestition beträgt 180.000 Euro, davon sind 60.000 Euro Eigenkapital. Den fehlenden Betrag in Höhe von 120.000 Euro erhielt die Genossenschaft im Oktober 2020 in Form eines Investitionskredites mit Zinsbonifikation durch Spuerkeess und etika. Die Laufzeit des Kredits beträgt acht Jahre.

Wichtig für die Höhe der Zinsbonifikation war uns neben dem ökologischen Aspekt, dass die Genossenschaft auf demokratischer Basis von den Mitgliedern geführt wird und diese an der Entwicklung der Projekte und an der Entscheidungsfindung teilnehmen. Grundgedanke ist, dass sich die im Naturpark lebenden Bürger*innen an ihrer eigenen Energieerzeugung beteiligen. Auch Menschen, die außerhalb des Naturparks leben, können Anteile erwerben. Die verfügbare Anzahl an Anteilscheinen für Nichtansässige ist jedoch auf unter 50 Prozent der Gesamtzahl begrenzt. Die Entscheidungen des Bürgerprojektes werden in der Generalversammlung nach der Regel „ein Mitglied/eine Stimme“ demokratisch und transparent



getroffen. Die Genossenschaft wird von einem Verwaltungsrat verwaltet.

Etika und Spuerkeess haben bereits mehrere solcher Energiegenossenschaften finanziell gefördert, so die EquiEnerCoop in Junglinster und EnerCoop Uelzechtall. Auch bei einigen Grossanlagen wie denen von der Soler S.A. in Esch-sur-Sûre und Tandel können sich Bürger*innen durch den Kauf von Anteilen beteiligen. Deren Gesamthöhe ist jedoch oft auf 10 Prozent gedeckelt, ein Einfluss auf Entscheidungen ist jedoch nicht gegeben. Gleichwohl tragen alle diese Projekte dazu bei, die Akzeptanz der notwendigen Energiewende zu erhöhen. (es)

KONTAKT:

EnerCoop Naturpark Öwersauer Genossenschaft,

Marc Lorang, 15 Rue de Lützelhausen,

L-9650 Esch-sur-Sûre, T: 691 60 90 24

E-Mail: enercoop_npos@outlook.com

Conosolar errichtet PV-Anlagen



Die deutsche Baugesellschaft Hellmich-Unternehmensgruppe hat seit 2016 drei große Lagerhallen in Contern errichtet, die von der Schweizer Logistikfirma Kühne und Nagel verwaltet werden. Diese wiederum haben Hallen an den japanischen Roboterhersteller Fanuc mit Europasitz in Echternach und den Schweizer Laufschuhherstellers ON weitervermietet. Auf diesen Hallen werden nun großflächig Photovoltaik(PV)-Anlagen errichtet.

Dazu wurde im März 2020 die Conosolar SA gegründet, eine Firma zur Erzeugung erneuerbarer Energie, an der die Enovos Luxembourg S.A. 51 Prozent und die CL Investissement et Ecologie S.A. 49 Prozent der Anteile hält. Letztere befindet sich zu 100 Prozent in Besitz der Hellmich-Gruppe.

Die installierte Gesamtleistung der Ende 2021 fertiggestellten Anlagen beträgt 6,30 MW, die jährliche Leistung 5.922 MWh. Während der Betriebsdauer von mindestens 20 Jahren wird das Projekt einen positiven Beitrag zur Verringerung der CO₂-Emissionen um ca. 55.440t leisten. Außerdem wird es den Wasserverbrauch im Vergleich zur Stromerzeugung aus Kohle um ca. 21.987.000 m³ verringern. Der von diesen Anlagen erzeugte Strom wird jedes Jahr den Energieverbrauch von ca. 1.480 Haushalten (5.922 Einwohnern) decken.

Die gesamte Investitionssumme für diese Anlagen beträgt 4,5 Mio. Euro. Für einen Teil dieser Summe, 2 Mio. Euro, erhielt die Conosolar SA im Mai 2021 von Spuerkeess und etika einen zinsreduzierten Investitionskredit mit einer Laufzeit von 15 Jahren. (es)

KONTAKT:

Conosolar SA, Patrick Jeitz

2 Domaine du Schlassgoard

L-4327 Esch-sur-Alzette

T: 2737 6208

EnerCoop Uelzeschtdall

Die 2019 gegründete Energiekooperative „EnerCoop Uelzeschtdall“ hat im September 2022 eine zweite Fotovoltaikanlage auf dem Dach des Grundschulkomplexes in Helmsingen eingeweiht. Die erste Anlage auf dem Dach der Lintgener Grundschule, die seit Herbst 2021 Strom liefert, war durch einen Kredit von etika und Spuerkeess gefördert worden. Nun ist die Kooperative mit ihren 180 Mitgliedern auf der Suche nach Dächern für eine dritte Anlage. Auch auf dem Dach der Sporthalle in Lintgen oder auch in Walferdingen könnten bald Solaranlagen entstehen. Da die Zahl der Mitglieder stark wächst, kann die Finanzierung zukünftiger Projekte vermutlich mit mehr Eigenkapital erfolgen. (es)

Eida cesse ces activités

En décembre 2002 etika et Spuerkeess ont ordonné un crédit d'investissement de 24.800 euro pour l'achat de panneaux solaires par l'association Réidener Energiatelier. En 2006, l'association a créé Eida, un petit fournisseur d'énergie verte. « Nous sommes associées avec un producteur aux Pays-Bas et ont un partenariat en Allemagne pour nous fournir que de l'électricité verte », indiquait Paul Kauten, administrateur d'Eida à l'époque. Mais en début 2022 Eida a cessé ces activités – la hausse des prix sur les marchés de l'énergie a été trop brutale. « Avec la crise certains acheteurs d'électricité verte ont peut-être espéré être épargnés par les hausses de prix. Mais ce n'est pas le cas, pire encore, en raison de la crise, le fournisseur d'énergie le plus <vert> du Luxembourg a justement dû cesser ses livraisons – parce que le prix de gros a trop augmenté et que son partenaire contractuel néerlandais a fait faillite », expliquait la woxx. Malgré tout cela, l'Energiatelier continue d'exister. (es)

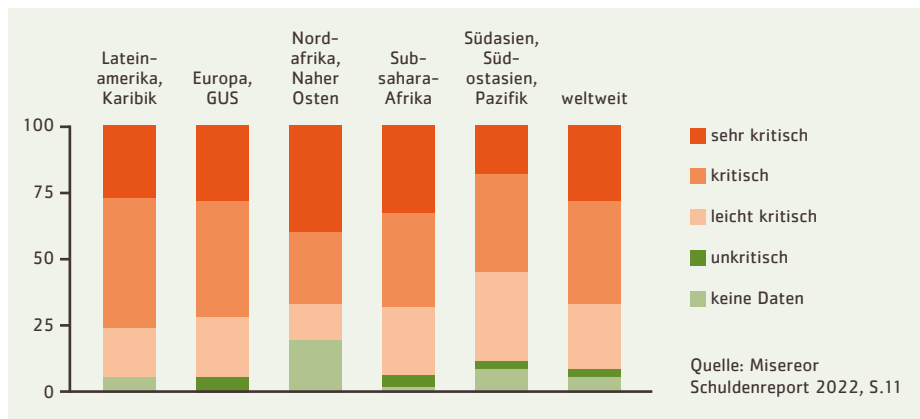
Die Biobranche unter Druck

Zwar ist im Zuge der Energiekrise der Preisunterschied von konventionellen zu Bioprodukten geschrumpft, da Letztere ohne Kunstdünger arbeiten, der mit hohem Energieaufwand erstellt wird, gleichwohl ist die Nachfrage nach ökologisch hergestellten Produkten seit Kriegsausbruch und hoher Inflation stark geschrumpft. Die Konsumenten sparen, haben aber schon im Vorjahr deutlich weniger Bioprodukte gekauft. Nach Angaben des Luxemburger Wort vom 24. November hat BIOGROS, der Großhändler für Biolebensmittel, 2021 nur noch einen Gewinn von 253.000 Euro erwirtschaftet – nach 907.000 im Jahr zuvor. Die Muttergesellschaft OIKOPOLIS wies 2021 sogar einen Verlust von 1,1 Mio. Euro aus – nach 1,5 Mio. Euro Gewinn im Vorjahr. Auch der Umsatz der NATURATA-Bioläden, der 2020 plötzlich mehr Zuwachs aufwies als konventionelle Supermärkte, brach mit Kriegsbeginn ein. Schon 2021 waren viele Verbraucher im Zuge der Pandemie von Bio- auf Regionalprodukte umgestiegen. Machten die zwölf Läden 2020 noch einen Gewinn von 442.000 Euro, wiesen sie 2021 einen Verlust von 1,2 Mio. Euro aus. Ähnliches gilt auch für den Anbieter Alavita. Die Biobranche steht auch in den Nachbarländern unter Druck. Die Inflation trifft sie noch härter als konventionelle Produzenten. Bio-Händler und Landwirte bangen um ihre Zukunft – auch wegen des veränderten Kaufverhaltens. Auch beim Kass-Haff ist der Verkauf von Hofprodukten rückläufig. Um ein ausgeglichenes Budget zu erhalten, möchten Tom Kass und Anja Staudenmayer ihre Aktivitäten stärken und diversifizieren. Dazu haben sie Mitte Dezember eine Spendenkampagne gestartet (<https://opencollective.com/kass-haff>). Wir bitten um Unterstützung! (es)

Nachfolger*innen gesucht

Lucien Reger, vor 30 Jahren Gründer des Bio-Textilien-Geschäfts „Naturwelten“ und einer der allerersten Kreditnehmer der Kooperation von Spuerkeess und etika, war schon erfolgreich: Kyra Fischbach übernahm 2021 die Geschäftsführung und sicherte seine Nachfolge. Lucien ist jetzt in Rente, sein Lebenswerk wird im Einklang mit seinen Werten und dem gleichen Engagement fortgesetzt. Nun suchen auch die Inhaber*innen des von uns geförderten Bio-Restaurants „Casa Fabiana“ und der Biotextilien-Boutique „Akabo“ Nachfolger*innen. Beide Geschäfte laufen sehr gut, doch möchten die bisherigen Inhaber*innen nach vielen Jahren des Engagements in Rente gehen bzw. beruflich neue Wege beschreiten. Vorstellbar wäre für beide eine Weitervermietung oder auch ein Verkauf. Wie Lucien es vorgemacht hat, hoffen auch Karel Lambert und Fabiana Bartolozzi auf Übernahme-Interessent*innen mit nachhaltiger Vision, die eine Fortsetzung ihrer Pionierleistung garantieren. (es)

Auf dem Weg in die Rezession



Zinserhöhungen werden dramatische Auswirkungen auf hochverschuldete Staaten haben

IWF, Weltbank, WTO und UNO sind sich einig wie selten. Für die globale Wirtschaft, sagen deren Experten, soll es in den nächsten Monaten vor allem in eine Richtung gehen: bergab. Voraussichtlich ein Drittel der Weltwirtschaft wird 2023 eine sogenannte Rezession erleben. Was bedeutet das genau?

Im August haben in Freetown, der Hauptstadt von Sierra Leone, gewaltsame Demonstrationen zu dutzenden Toten geführt. Es war der vorläufige Kulminationspunkt von sich über Monaten immer weiter verschärfenden Protesten gegen die wirtschaftliche Perspektivlosigkeit breiter Bevölkerungsschichten. Ähnliches lässt sich aus vielen anderen Teilen der Welt berichten – von Sri Lanka, das derzeit die schlimmste Wirtschaftskrise seit seiner Unabhängigkeit von Großbritannien im Jahr 1948 erlebt, über Angola, Haiti, Somalia bis zu Schwellenländern wie dem Iran, dessen Bevölkerung durchaus auch aufgrund der desolaten wirtschaftlichen Lage gegen das Mullah-Regime aufbegehrt.

So unterschiedlich die genannten Länder sein mögen, sie haben eine Gemeinsamkeit: Sie waren bereits vor der Covid-19-Pandemie wirtschaftlich stark geschwächt. Die Pandemie und der Ukraine-Krieg mit all seinen Folgen haben sie nun an den Rand des Zusammenbruchs geführt – und einiges spricht dafür, dass dies erst der Anfang sein könnte. Denn die genannten Länder sind keine Einzelfälle. Seit Monaten grassiert eine internationale Schuldenkrise. Rund ein Viertel aller Schwellen- und zwei Drittel der Entwicklungsländer stehen laut einer Studie des Internationalen Währungsfonds kurz vor dem Bankrott. Mitverursacher sind neben der Pandemie vor allem die exorbitanten Energiekosten. Besonders betroffen sind vor allem von Flüssiggas

abhängige Länder wie Pakistan, die bei den von Westeuropa in die Höhe getriebenen Weltmarktpreisen kaum noch mithalten können.

Die von Russlands Angriff auf die Ukraine mitverursachten Preissteigerungen treffen die Welt demnach in einer äußerst fragilen Lage. Wie schwierig die nächsten Monate werden, wird sich maßgeblich im Westen entscheiden. Denn vieles wird davon abhängen, ob den entwickelten Industrieländern die Inflationsbekämpfung gelingt, ohne die Welt in eine Rezession zu stürzen.

ABSCHWUNG AUF BREITER FRONT

Der derzeit drohende weltweite Abschwung hat im Vergleich zu anderen Phasen eines typischen Konjunkturzyklus immerhin einen Vorteil: Rezessionen sind vergleichsweise kurz – im Schnitt nur elf Monate. Die Effekte einer Rezession und der mit ihr einhergehenden Wirtschaftskrise sind jedoch nicht zu unterschätzen. Die offensichtlichsten Merkmale sind steigende Arbeitslosigkeit, Kaufkraftverlust, ausbleibende Investitionen, zunehmende Firmenpleiten und im Verlauf auch stagnierende Löhne und – aus heutiger Perspektive schwer vorstellbar – sinkende Preise für Güter und Dienstleistungen.

Diese typischen Merkmale einer Rezession wirken auf den ersten Blick noch verkraftbar. Wie sich ein derartiger wirtschaftlicher Niedergang gesellschaftlich auswirkt, hängt jedoch stark vom allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklungsgrad des betroffenen Landes ab. Die westeuropäischen Industriestaaten mit ihren im weltweiten Vergleich großzügigen Sozialsystemen vermögen derartige Erschütterungen besser abzufedern als die eingangs erwähnten Schwellen- und Entwicklungsländer.

Die Gefahr, dass die derzeitigen Preissteigerungen große Teile der Weltwirtschaft in die Rezession abgleiten lassen, ist groß. Hohe Inflation führt, bedingt durch den Kaufkraftverlust der Bevölkerung, in der Regel zu Konsumzurückhaltung. Für die Wirtschaft ist das bekanntlich schlecht. Den Schätzungen des IWF zufolge wird das globale Wirtschaftswachstum im kommenden Jahr denn auch deutlich zurückgehen – von 3,2 Prozent in diesem Jahr auf 2,7 Prozent für 2023. Das wirkt zunächst wenig dramatisch. Insgesamt geht der IWF jedoch davon aus, dass ein Drittel der Weltwirtschaft 2023 eine Rezession erleben wird. Besonders hart soll es die Eurozone treffen, für die der IWF zwar noch ein Miniwachstum von 0,5 Prozent voraussagt. Gerade aber die Schwergewichte Deutschland und Italien werden voraussichtlich in eine Rezession abrutschen. Für Deutschland sagt der IWF ein Negativwachstum von 0,3, für Italien von 0,2 Prozent voraus. Ein Schicksal, das Luxemburg erspart bleiben dürfte: Stateg prognostiziert für 2023 ein Wachstum von 4 Prozent.

ZENTRALBANKEN RISKIEREN DEN „POLICY ERROR“

Wie sich die Weltwirtschaft konkret entwickelt, wird maßgeblich davon abhängen, ob es gelingt, die massiven Preissteigerungen zu stoppen. Paradoxerweise könnten jedoch gerade die Maßnahmen zur Inflationsbekämpfung wirtschaftlich bereits angeschlagene Länder erst recht in eine Rezession stürzen. Denn um die Inflation zu bremsen, erhöhen derzeit die wichtigsten Zentralbanken weltweit in einer bislang nie gekannten Geschwindigkeit die Leitzinsen. Das freut zwar Beitzer eines alternativen Sparkontos (siehe S. 8), die Zentralbanken riskieren jedoch, einen „policy error“ zu begehen – einen geldpolitischen Fehler.

Der Grundgedanke, der hinter den Zinserhöhungen steckt, ist simpel: Zunächst will man durch eine Verknappung der Geldmenge – die entsteht durch eine verringerte Kreditvergabe der Banken – die wirtschaftliche Aktivität dämpfen. Die sich daraus ergebende verringerte Nachfrage nach Dienstleistungen und Gütern soll nun die Inflation auf ein verträgliches Maß reduzieren – so weit die Theorie. Bei dieser Herangehensweise besteht jedoch die Gefahr, über das Ziel hinauszuschießen. Genau davor warnen derzeit nicht nur führende Ökonomen wie Joseph Stiglitz, die die ameri-

UNSERE AKTIVITÄTEN

kanische Notenbank von weiteren Zinsschritten abbringen wollen, sondern auch diverse Institutionen wie die auf Entwicklungszusammenarbeit spezialisierte United Nations Conference on Trade and Development (UNCTAD). Die UNO-Organisation bezeichnet in einem Report die rapiden Zinserhöhungsschritte gar als „gefährliches Glücksspiel“. Global könnten die laut UNCTAD sogar schlimmeren Schaden anrichten als die Finanzkrise im Jahr 2008.

BESONDERS BETROFFEN: DER GLOBALE SÜDEN

Denn die stark verschuldeten Entwicklungs- und Schwellenländer sind von den Zinserhöhungen in besonderer Weise betroffen. Sie müssen nun nicht nur mehr Kapital für die Schuldentrückzahlung aufbringen. Die UNCTAD verweist darauf, dass sich das Verhältnis der Nettokapitalströme zwischen Entwicklungsländern und dem reichen Westen seit dem letzten Quartal im Jahr 2021 umgekehrt hat. Es fließt nun mehr Geld von den Entwicklungsländern Richtung Westen als umgekehrt. Der Grund ist, dass nun auch wieder für Staatsanleihen höhere Zinsen bezahlt werden – für Investoren offensichtlich der Grund, Gelder aus dem instabilen Süden in sicherere Gefilde umzuleiten.

VIELE DICKE BRETTER

Für hochverschuldete Länder haben also bereits die bisherigen Zinserhöhungsschritte der Zentralbanken dramatische Auswirkungen. Sie treffen zudem auf von der Pandemie bereits erheblich geschwächte Wirtschaften. Welche Folgen die kumulierten Krisen der letzten Jahre auf weite Teile der Weltbevölkerung haben, darüber gibt unter anderem der vom Entwicklungsprogramm der UNO veröffentlichte „Index der menschlichen Entwicklung“ Auskunft: Zum ersten Mal seit seiner 30-jährigen Geschichte verzeichnet der Index zum zweiten Mal in Folge eine Verschlechterung der weltweiten Lebensbedingungen. In neun von zehn Ländern gab es im Jahr 2021 etwa in den Bereichen Lebenserwartung, Einkommen und Bildungsniveau deutliche Rückschritte. Besonders betroffen: Entwicklungs- und Schwellenländer. Einen derartigen Rückgang hat es laut dem Vorsitzenden der UNDP, Achim Steiner, noch nie gegeben. Angesichts der wirtschaftlichen Lage spricht einiges dafür, dass es nicht der letzte gewesen sein könnte. (jb)



Am **29. August** traf sich erstmals eine neue Arbeitsgruppe des Transition Think Tank bei etika, um in einem ersten Brainstorming zum **Thema Landwirtschaft und nachhaltige Ernährung** mögliche Recherchepisten, eine Veranstaltung und konkrete Forderungen an Parteien vor den Wahlen 2023 zu eruieren. Danach gab es jeden Monat insgesamt fünf weitere Sitzungen bei etika oder virtuell, zu deren letzteren wir Expert*innen wie Frank Adams, Tom Kass, Marine Lefebvre oder Karine Paris einluden.

Das Plenum des „**Transition Think Tank**“ traf sich in diesem Zeitraum ebenfalls monatlich, zuletzt am 5. Dezember zum zehnten Mal, meist ebenfalls bei etika. Moderiert von Xavier Turquin resümierten wir die Arbeit der drei Arbeitsgruppen „System“, „Logement“ und „Landwirtschaft“, strukturierten unsere Vorgehensweise und planten Aktivitäten für das Wahljahr 2023.

Gemeinsam mit anderen Akteuren der Initiative „**Devoir de Vigilance**“ überreichten wir am **20. September** dem Leiter der Organisation „**Luxemburg for Finance**“, Nicolas Mackel, über 200 unterschriebene Postkarten mit der Aufforderung, sich dafür einzusetzen, dass sich der Finanzsektor ernsthaft dafür verantwortlich fühlt, Menschenrechtsverletzungen im Zusammenhang mit wirtschaftlichen und finanziellen Aktivitäten zu verhindern bzw. für einen entstandenen Schaden Verantwortung zu übernehmen. Es wurde betont, dass es an der Zeit sei, mit verbindlichen Standards zu handeln (siehe S.8).

Nach der eher formellen Veranstaltung am 27. Juni bei Spuerkeess zur Feier von 25 Jahren unserer Kooperation haben wir am **20. September** in kleiner Runde im Garten unseres Bürohauses mit aktuellen und ehemaligen Verwaltungsratsmitgliedern, Vertretern unserer Mitgliedsorganisationen, von Spuerkeess und anderer Partnerorganisationen **25 Jahre etika** gefeiert. Mit einem kleinen „Jeu de la ficelle“ haben wir uns symbolisch neu verbunden (Foto oben und S. 1).



Am **27. September** nahmen wir an der **Table Ronde „Briser le cercle de l’empoisonnement. Bâtir le droit à un environnement sain.“** teil, organisiert von SOS Faim und Mouvement Ecologique. In drei Vorträgen wurde die Problematik erläutert, dass einerseits viele Pestizide in der EU verboten wurden, diese aber zugleich von europäischen Firmen produziert und in den globalen Süden exportiert werden, dort unter großen sozialen und ökologischen Folgen in der konventionellen Landwirtschaft eingesetzt werden, deren Produkte wiederum in die EU exportiert werden.

Am selben Tag nahmen wir an der **Veranstaltung „Le Registre des Bénéficiaires Effectifs (RBE): Un outil pour plus de transparence?“** des Collectif Tax Justice Lëtzebuerg (CTJL) teil (siehe Box S. 7).

Am **29. September** beteiligten wir uns mit einem Stand am „Marketplace“ der dreitägigen „**Climate Alliance International Conference 2022**“ in Hesperingen. Diese jährliche Konferenz wurde organisiert vom Klimabündnis der europäischen Städte mit indigenen Völkern der Regenwälder/Alianza del Clima e.V. und unserem Mitglied ASTM. Höhepunkt aus unserer Sicht waren der Besuch des Großherzogs und der Grande Duchesse am etika-Stand (Foto) sowie ein längeres Gespräch von ihm mit Magali Paulus. Bei der Veranstaltung forderte das Klimabündnis mehr Engagement im Kampf gegen Energiearmut auf allen Ebenen. Mit dieser Resolution reagiert das Netzwerk, dem europaweit fast 2.000 Gemeinden angehören, direkt auf die aktuelle Energiekrise und die zunehmende Verbreitung von Energiearmut. „Der Schutz von sozial schwachen Haushalten mit niedrigem und mittlerem Einkommen muss Priorität haben, wenn wir eine gerechte Energiewende sicherstellen wollen“, betont Andreas Wolter, Klima-Bündnis-Vorsitzender und Bürgermeister der Stadt Köln. „Wir müssen den richtigen nationalen und europäischen Rechtsrahmen schaffen, um Energiearmut zu bekämpfen. Das Mandat der Städte und Gemeinden zur Bekämpfung der Energiearmut muss gestärkt werden!“ ▶



► Am **4. und 5. Oktober** nahmen wir an einigen Sessions der von Luxembourg for Finance zum fünften Mal organisierten „**Sustainable Finance Forum**“ teil, das 2022 online stattfand. Hauptthemen der unter dem Motto „Time to deliver“ laufenden Veranstaltung mit Reden von Expert*innen und Plenumsdebatten war die angesichts kumulierender Krisen die zwingende Notwendigkeit des Vorantreibens der Nachhaltigkeitsagenda im Finanzsektor. Es zeigte sich deutlich, dass durch die Taxonomie und die Sustainable Finance Disclosure Regulation der EU zwar ein „Mindshift“ passiert ist, insgesamt aber kaum ein echter „Impact“ messbar ist. Zwar besteht nun erstmals ein starker Druck, dass Finanzinstitutionen soziale und ökologische Folgen von Investments in Entscheidungen einbeziehen, aber insgesamt wird noch viel zu wenig Geld aus klimaschädlichen Investments abgezogen und in nachhaltige Bereiche umgeleitet (dem ausdrücklichen Ziel des Green Deal der EU).

In ähnlicher Form nahmen wir auch vom **17. bis 19. Oktober** an einigen ausgewählten Vorträgen und Panels der von LuxFlag organisierten „**Sustainable Investment Week**“ teil. Hier wurde viel konkreter deutlich, wie sehr die Investmentlandschaft im Wandel begriffen ist. In der Bewertung von Fonds spielen jetzt ESG-Faktoren (Environmental, Social und Governance – also die Bereiche Umwelt, Soziales und Unternehmensführung) eine immer größer werdende Rolle. Ein Großteil neu aufgelegter Fonds oder Bonds richten sich nach ihnen als neuem Standard aus. Aber auch bestehende Produkte müssen durch die Vorgaben der EU jetzt diesbezüglich „Farbe bekennen“.

ESG ist „kein Investitionstrend“, sagte Dariush Yazdani von PwC, „es ist ein Wertewandel“ – durch die EU-Regulierungen gewissermaßen erzwungen. Deutlich wurde aber auch, wie sehr der Sektor unter anderem wegen der subjektiven Interpretation von ESG-Daten seitens Investmentfonds-Anbietern Probleme hat, Greenwashing zu vermeiden. So zeigte eine

Befragung, dass falsche Kennzeichnungen in der Vermögensverwaltungsbranche üblich sind, auch wenn sie selten absichtlich vorgenommen werden. Die Risiken werden laut Yazdani durch das Tempo, mit dem neue Vorschriften in Kraft treten, und durch die Unsicherheit darüber, welche ESG-Bezeichnungen sie enthalten, erhöht. „Ein Beispiel für diese Unsicherheit ist die anhaltende Debatte darüber, welche Anlagen in der EU-Taxonomie enthalten sind“, fasst PwC die Ergebnisse der Umfrage zusammen. „Meist resultiert sie aus unklaren regulatorischen Klassifizierungen, uneinheitlichen Datenstandards und schwachen Informationen von Portfoliogesellschaften.“

Die **NGO 350.org**, die sich mit Finance Watch, Change Finance und Fridays for Future für eine „Notbremse gegen die Klimachaos-Finanzierung“ einsetzt, führte im Rahmen ihrer Kampagne zur „**Eins-zu-eins-Regel**“ am **20. Oktober und 3. November** Webinare durch, an denen wir teilnahmen.

Eine sich bisher informell treffende **Arbeitsgruppe „Finance durable“**, entstanden aus dem Interesse mehrerer NGOs (ASTM, etika, Greenpeace, Justice et Pax und SOS Faim), sich konzentrierter kritisch mit dem Finanzplatz auseinanderzusetzen, zunächst insbesondere mit der „Luxembourg Sustainable Finance Initiative“ (LSFI), hat sich am **24. Oktober** erneut getroffen, auch um ein **Treffen mit der LSFI** am **7. November** vorzubereiten, die uns als „zivilgesellschaftliche Stakeholder“ in ihre Arbeit zu integrieren versucht. Das Meeting bereiteten wir am **22. November** nach. Wir wurden parallel seitens der LSFI eingeladen, in der neuen **Arbeitsgruppe „Sustainable Finance Education & Training“** mitzuarbeiten – deren erste Treffen am **14. und 30. November** statt.

Die **COP27 in Sharm el-Sheikh** hatte als dominante Themen die Kompensation für die vom globalen Norden im Süden angerichteten Schäden sowie Finanzhilfen für ärmere Staaten des Südens zur Anpassung an die Klima-

krise. Die reichen Länder und Entwicklungsbanken hatten zwar vor Jahren versprochen, von 2020 bis 2025 jährlich 100 Milliarden US-Dollar dafür zu mobilisieren. Diese Summe, überwiegend Darlehen, wird nun wohl aber erst 2023 erreicht – noch ohne Anschlussfinanzierung. Die ASTM hat in einer am 8. November publizierten Studie ausgerechnet, dass Luxemburg 325 Mio. Euro pro Jahr an Kompensation zu zahlen hätte.

Wir nahmen am **8. und 9. November** virtuell an zwei „**Side events**“ der **Klimakonferenz in Ägypten** teil, die vor Ort von der LSFI und der Luxembourg Stock Exchange (LuxSE) organisiert wurden. Bei beiden ging es darum, private und öffentliche Akteure entwickelter Länder zu einer stärkeren Zusammenarbeit in puncto „Sustainable Finance“ zu motivieren, damit sich die Länder des globalen Südens – und insbesondere Afrika – an die Klimakrise anpassen und resilienter werden können. Bei der ersten Debatte ging es um die Frage, ob und inwieweit private Investitionen dabei helfen können, weil die zur Verfügung gestellten öffentlichen Gelder nicht ausreichen. Bei einer solchen, „**Blended Finance**“ genannten Mischfinanzierung würden Gelder aus der öffentlichen Entwicklungsfinanzierung eingesetzt, um private Kapitalflüsse zu aktivieren.

Bei der zweiten Debatte „**Making sustainable finance truly global**“ ging es um die Frage, wie Akteure des Kapitalmarktes, insbesondere Börsen wie die LuxSE und die Luxembourg Green Exchange (LGX) afrikanische Börsen dabei unterstützen können, Kapazitäten aufzubauen und ihre Kapitalmärkte zu entwickeln. Es zeigte sich, dass es weniger an Geldern denn an guten, „bankable“ Projekten für eine ökologische Transformation mangelt.

Am **20. November** nahmen wir wieder mit einem Informationsstand und einer Animation für Kinder zum Thema nachhaltige Ernährung und Umgang mit Geld am **Weihnachtsbasar der Waldorfschule** Luxemburg teil (Foto).



Am internationalen „**Make Amazon Pay**“-Day waren wir am **25. November** Co-Organisatoren einer Demonstration an der Chambre und am Finanzministerium, bei der 60 Teilnehmer*innen neben den Arbeitsbedingungen und dem „Klima-Greenwashing“ des Konzerns auch das Thema Steuerflucht ansprachen (Foto). In den Ländern, in denen Amazon seine Wertschöpfung erzielt, keine Steuern zu zahlen, kommt dem Diebstahl von Geldern gleich, die dort zur Gewährleistung der Infrastruktur auch für Amazon von den dortigen Steuerzahler*innen alleine getragen werden muss, so unser Vorwurf.

Im Rahmen einer Aktion von ASTM und Greenpeace für mehr Nachhaltigkeit und Transparenz des luxemburgischen Rentenfonds FDC nahmen wir am **30. November** an einer fotografischen Aktion teil, bei der Bilder mit Forderungen für einen digitalen Adventskalender erstellt wurden (Foto). Zugleich wurde eine Petition gegen den Pensionsfonds gestartet, mit der Minister Claude Haagen aufgefordert wird, eine Investitionsstrategie zu verfolgen, die das Klima schützt und die Menschenrechte respektiert.

Am **7. Dezember** erläuterten wir zum letzten Mal Existenzgründer*innen im Rahmen des Projekts „**Impuls**“ von Nyuko bei einer Veranstaltung im House of Entrepreneurship, welche Finanzierungsmöglichkeiten wir für sozial-ökologische Projekte bieten. Das Programm läuft aus. (es)

Steuervermeidungspraxis stoppen!

Durch die Luxleaks-Enthüllungen 2015 wurde deutlich, dass Luxemburg und zahlreiche andere EU-Staaten Steuerschlupflöcher bieten. In welchem Ausmaß in Luxemburg ansässige internationale Firmen und Akteure des Finanzplatzes Steuervermeidungspraktiken umgesetzt haben, und das mit dem Einverständnis der Luxemburger Behörden, war erschreckend. Diese Praxis, die zur Steuerflucht durch Unternehmen in vielen Ländern beiträgt und Ausfälle in Milliardenhöhe bei den Steuereinnahmen der betroffenen Länder zur Folge hat, stellt die Frage nach der Steuergerechtigkeit. Inzwischen arbeiten die OECD (seit 2015) und die EU (seit 2016) daran, dass den schädlichsten Steuerpraktiken ein Ende gesetzt wird.

Die EU-Kommission strebt ein koordiniertes Vorgehen gegen Steuervermeidung bzw. einen Schulterchluss der Mitgliedstaaten in dieser Frage an, die Wiederherstellung einer fairen Unternehmensbesteuerung sowie die Gewährleistung von Stabilität für Unternehmen und Investoren. In der Folge einer EU-Direktive zur Bekämpfung von Geldwäsche wurde in Luxemburg ab 2019 ein Register der wirtschaftlichen Eigentümer (RBE) aufgebaut. Es soll Transparenz in die unübersichtlichen, stark verschachtelten Strukturen von Holdings und Briefkastenfirmen mit Sitz in Luxemburg, aber Eigentümern außerhalb des Landes bringen.

Am 27. September nahmen wir an der Veranstaltung „Le Registre des Bénéficiaires Effectifs (RBE): Un outil pour plus de transparence?“ des Collectif Tax Justice Lëtzebuerg (CTJL) teil. Das 2016 unter anderem von drei damals bei etika aktiven Personen gegründete CTJL hat es sich zur Aufgabe gemacht, die Entwicklungen kritisch zu verfolgen. Fast eineinhalb Jahre nach erneuten Enthüllungen (OpenLux), bei denen Rechercheure die öffentlich zugänglichen Daten des Registers genutzt haben und diverse Schwachpunkte ausgemacht haben, sollte eine Bilanz über die Fortschritte bei der Transparenz und der Bekämpfung der Finanzkriminalität gezogen werden.

Die Veranstaltung war eine von mehreren europaweit, die vom Projekt Civil Society Advancing Beneficial Ownership Transparency (CSABOT) durchgeführt werden. Es zielt darauf ab, Synergien zwischen den Aktivitäten der Organisationen der Zivilgesell-

schaft und den Bemühungen der EU zur Beendigung von Geldwäsche, Finanzkriminalität und anderen missbräuchlichen und kriminellen Praktiken zu schaffen.

Eingeladen zur Debatte waren unter anderem der Direktor des RBE, Yves Gonner, und Lucas Millan-Narotzky vom Tax Justice Network. In der vierstündigen Veranstaltung wurde deutlich, dass das RBE zwar einen Fortschritt in Richtung Transparenz bietet, es aber – zum Beispiel Journalisten – nicht ermöglicht, die tatsächlichen Eigentümer undurchsichtiger Finanzkonstruktionen herauszufinden, die zur Verschleierung von Geldströmen in Luxemburg installiert wurden, weil keine Namensrecherche möglich ist. Die während der Debatte geäußerten Analysen kritischer Akteure ließen den Verdacht aufkommen, dass echte Transparenz politisch nicht gewollt ist.

Am 22. November urteilte der Europäische Gerichtshof, dass diese Informationen nicht in allen Fällen für die gesamte Öffentlichkeit zugänglich sein müssen. Es antwortete damit auf eine Klage des Leiters einer Immobilienfirma, der sich durch seine Nennung im RBE einem erheblichen Risiko von Entführung und Ähnlichem ausgesetzt sah. Der EuGH gab ihm Recht. Dass der Zugang zum Register dann von der luxemburgischen Regierung kurz nach dem Urteil (vorübergehend) blockiert wurde, kritisierte der Luxemburger Journalistenverband ALJP: Andere Urteile des Gerichts ignoriere das Land seit Jahren. Am 6. Dezember wurde dann angekündigt, dass der Zugang für ausgewählte Gruppen mit „legitimem Interesse“, das heißt vor allem Journalisten, wieder geöffnet werde.

Parallel prüften die Inspekture der internationalen Arbeitsgruppe gegen Geldwäsche den hiesigen Finanzsektor. Dabei steht für Luxemburg viel auf dem Spiel: Bei der letzten Überprüfung 2010 war das Land „krachend durchgefallen“ (Wort vom 19.11.22). Die Frage ist, wie viel geschehen ist, um die Probleme zu beheben oder (anders ausgedrückt) das lukrative Schlupfloch zu schließen. Der Generalsekretär der Aufsichtsbehörde CSSF, Claude Marx, drückte sich jedenfalls klar aus und will härter durchgreifen: „Wir sollten Null-Toleranz gegenüber Menschen haben, die die Regeln absichtlich und wiederholt nicht anwenden.“ Das Ergebnis der Prüfung wird mit einer spürbaren Nervosität erwartet. (es)

Remise de plus de 200 signatures au CEO de Luxembourg for Finance



Lors d'une réunion avec Monsieur Nicolas Mackel, CEO de Luxembourg for Finance, l'Initiative pour un devoir de vigilance (IdV), dont etika est membre, a remis fin septembre plus de 200 signatures de personnalités de la société civile, d'institutions de droits humains, du milieu syndical et culturel mais aussi de personnes individuelles. Ces personnes ont soutenu la revendication de l'Initiative adressée au directeur général de promouvoir la diligence raisonnable auprès des acteurs financiers au Luxembourg et l'adoption d'une législation au niveau national et européen.

En effet, les victimes de violations des droits humains et de violations de l'environnement dans le cadre des activités économiques et financières attendent depuis des années pour que les entreprises assument leur responsabilité pour les dommages causés.

Un premier pas à concrétiser rapidement par les acteurs institutionnels du secteur financier

luxembourgeois comme Luxembourg for Finance serait de s'engager en faveur des droits humains et de l'environnement au niveau de leurs politiques de gouvernance. Luxembourg for Finance n'a pas pris une position sur cette demande. Monsieur Mackel estime que le secteur financier est suffisamment régulé, car il est soumis à des réglementations comme la SFDR (Sustainable Finance Disclosure Régulation). Elle se focalise pourtant sur la question du reporting et de la transparence sans donner un accès à la justice pour les victimes de violations des droits humains ou de l'environnement.

Cette position n'est pas uniquement en opposition avec la demande de l'IdV, mais également avec les attentes de la population résidente, dont 86 percent estime que le cadre réglementaire au Luxembourg devrait responsabiliser le secteur financier.

En outre, des associations bancaires dans d'autres pays européens partagent en partie des positions de la société civile par exemple au niveau de l'efficacité des outils d'engagement et de la nécessité de renforcer la proposition de directive en s'alignant « sur les cadres existants reconnus au niveau international, en particulier les Principes directeurs de l'OCDE et les Principes directeurs de l'ONU ».

Malgré ces différences de vues majeures, une nouvelle réunion d'échange a été convenue dans quelques mois. (IdV)

Die Zinsen steigen

Seit dem 1. Oktober 2022 erhalten die Alternativsparer*innen nach einer elfjährigen Niedrig- bzw. Nullzinsphase wieder einen Sparzins von 0,45 Prozent (anstelle von 0,60 Prozent bei einem konventionellen Sparkonto). Diese Entscheidung unseres Bankpartners Spuerkeess war die logische Folge zweier Zinserhöhungen der Europäischen Zentralbank (EZB) im Juli und Ende September um 0,5 und 0,75 Prozent. Ende Oktober und Mitte Dezember hat die EZB den Leitzins, zu dem sich Geschäftsbanken frisches Geld bei der EZB leihen können, erneut um erst 0,75 Prozent, dann 0,50 Prozent auf nunmehr 2,50 Prozent erhöht. 2023 sollen weitere Zinserhöhungen folgen.

Die EZB versucht damit, die zuletzt rund 10 Prozent erreichende Inflation zu bekämpfen. Vereinfacht gesagt: Höhere Zinsen sorgen dafür, dass Kredite teurer werden. Unternehmen und Verbraucher können sich dann nicht mehr so billig Geld leihen – und weniger ausgeben. Dann geht der Konsum zurück, und damit fallen die Preise. Nach den jüngsten Schritten der EZB ist abzusehen, dass Spuerkeess nachziehen wird und der Zins unseres Sparkontos bald deutlich über 1 Prozent liegt.

Zwar war dieser Anstieg 2022 rasant, aber insgesamt ist das Zinsniveau noch lange nicht dort, wo es einmal war. Es ist zu erwarten, dass die Einlagezinsen weiter auf mindestens 3 Prozent steigen. Die Baufinanzierungszinsen liegen bereits bei gut 4 Prozent. So wird unser alternatives Sparkonto auch für diejenigen wieder attraktiv, denen es nicht vorrangig darum geht, soziale und ökologische Projekte in Luxemburg solidarisch zu unterstützen. Zwar bleibt in Inflationszeiten wenig Geld zum Sparen, aber es gibt neben immateriellen nun auch wieder materielle Gründe dafür. (es)

IMPRESSUM

Den etika info ass a periodescht Informations- a Motivatiounsblat fir d'Membere vun etika asbl a fir d'Titulaire vun engem alternative Spuerkont.

Editeur: etika asbl, 136-138 rue Adolphe Fischer, L-1521 Luxembourg, T/F: 400 427 62, www.etika.lu, contact@etika.lu
Lektorat: Marina Hetheier **Mise en page:** studio osso
Redaktioun: Pedro Antunes (pa), Julian Bernstein (jb), Ekkehart Schmidt (es) **Drock:** Imprimerie Mil Schlimé, Bertrange.
Fotoën: A.C. Hesperange/L. Blum (sait 5), ASTM/ Greenpeace (sait 6), Françoise Binsfeld (sait 2), Conosolar (sait 3), EnerCoop Oewersauer (sait 2), Initiative pour un devoir de vigilance (sait 8), Ekkehart Schmidt (sait 1, 5-7)

Den etika info ass op recycléiertem an 100% chlorfräi gebleechtem Pabeier gedréckt ginn.

JOIN US ON FOLLOW US ON

Für aktuelle Informationen und Veranstaltungen nutzen Sie bitte unsere Facebook- und Twitter-Seiten oder bestellen sie unseren etikaNEWSLETTER.

Suivez nos actualités en vous inscrivant sur notre newsletter, en « likant » notre page sur facebook, ou en nous suivant sur twitter. Pour ceci, rendez-vous sur notre site www.etika.lu

etika regrette l'échec de NewB

Le 26 octobre, la banque NewB a annoncé l'arrêt progressif de ses activités bancaires. Etika regrette vivement que la banque coopérative n'ait pas obtenu le soutien financier nécessaire à la poursuite de ses activités. Persuadé qu'une transition écologique plus qu'urgente ne peut se faire qu'à condition d'être accompagnée d'une transition financière, c'est-à-dire réorienter les flux vers des projets à plus-value sociétale, etika a toujours soutenu la création de NewB. Parce que nous voulons que les valeurs de NewB deviennent la norme dans le secteur bancaire belge et parce que nous sommes membres à part entière de la coopérative.

La banque, qui avait échoué à récolter les 40 millions euros nécessaires pour financer son développement, ne sera plus en mesure de continuer son activité bancaire. C'est un important revers pour la finance éthique et solidaire, l'entrepreneuriat coopératif et l'économie sociale. NewB était une occasion unique de s'assurer que tout l'argent déposé sur un compte en banque soit utilisé en faveur de la transition sociale et écologique dont notre société a tant besoin. Les coopératrices et coopérateurs, dont etika fait partie, décideront de l'avenir de leur coopérative lors d'une assemblée générale extraordinaire début 2023. (es)